

ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

24 Jahre ZEITBÜHNE

24. Jahrgang Nr.1/2010

Euro 1,80

P.b.b. Verlagspostamt A-4400 Steyr
Zulassungs-Nummer GZ 02Z031261 M



**Die Pasterze, im 16. Jahrhundert ein Viehweide
Der Preis der Verhinderung
Macht oder Ohnmacht des EU-Parlaments?
Sparen? Kommt nicht in Frage!
Kein Wohlstand
ohne Energieversorgungssicherheit
Entlastung der Verkehrswirtschaft überfällig
Zensur in Kopenhagen**

ZEITBÜHNE

Magazin für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

INHALT

KOMMENTARE

- 4 Die Lust am Untergang
- 5 Macht oder Ohnmacht des EU-Parlaments?
- 6 Die Zeit läuft uns davon
- 9 Der Preis der Verhinderung
- 30 Eine aufschlußreiche Forderung
- 30 Der Irak vor neuer Zerreißprobe

7,8 LESERMEINUNGEN

AUS DER INDUSTRIE

- 11 Sparen? Kommt nicht in Frage!
- 12 Schwer abschätzbare Lage
- 12 Offensive Fachhochschul-Strategie

AUS DER WIRTSCHAFT

- 13 Förderprogramm für Ölheizungen
- 13 Energie AG nützt Lasertechnologie
- 13 Kein Schutz vor Umwidmungen
- 14 Oberösterreichische Versicherung geht neue Wege bei Naturkatastrophen
- 15 VKB-Bank steht für Sicherheit
- 15 Problem Jugendkriminalität
- 16 Wirtschaft und Gesellschaft verändern sich

VERKEHR

- 17 Entlastung der Verkehrswirtschaft überfällig
- 17 Gütermobilität sichert Wohlstand

ENERGIE

- 18 Kein Wohlstand ohne Energieversorgungssicherheit
- 20 Öl und Erdgas ohne Ende?

KLIMA & UMWELT

- 22 Das IPCC: Eine internationale Truppe von Klimaschwindlern?
- 22 Es gibt keine Klimaerwärmung seit 1995
- 23 Das Klima ist völlig normal
- 23 Klimafälschung im großen Stil
- 24 Die Energiesicherheit Europas ohne rosarote Brille
- 25 Erfrieren in Indien

- 25 Weltreligion Umweltschutz
- 25 Ökostromnetz in der Nordsee
- 26 Zur Rolle des Kohlenstoffdioxids im Naturhaushalt
- 28 Zensur in Kopenhagen
- 28 Auch Österreichs Politiker spielen falsch
- 29 IPCC neuerlich der Lüge überführt

POLITIK

- 32 Blackwater-Prozeß eingestellt
- 32 Obama und Blackwater
- 33 Der Staat als Hehler
- 33 Das Prügelmädchen
- 33 Stasi-Scherge wollte Ehrensold
- 34 Willkommen in der Diktatur
- 34 Andere Sorgen
- 34 Migrantenbonus

PRESSESPIEGEL

- 35 Die Massenzuwanderung und ihre Folgen
- 35 Umweltschutz, die neue Religion
- 35 Frauen sind Freiwild
- 35 Europa muß verrückt sein
- 36 Kriminalitäts-Prämie
- 36 Doppelzüngig
- 36 Freie Presse?
- 36 Und bist du nicht willig . . .

AUSLAND

- 21 Nato: Exekution von Kindern war ein Fehler
- 37 Unverschämte grüne Forderungen
- 37 Deutscher Realitätsverlust
- 37 England ist bankrott
- 37 Islam erlaubt keine Kirchen

BÜCHER

- 38 Krise und Zukunft der Demokratie
- 39 Das Jahr der Schweinegrippe
- 39 Die Machtübernahme der 68er
- 39 Das Ende einer Legende

Titelfoto: Die Pasterze, Foto: Tourismusverband Heiligenblut



Die Lust am Untergang

Von Brigitte Zachl

US-Außenminister Henry Morgenthau Plan nach dem Ende des 2. Weltkriegs war es, Deutschland und damit auch Österreich wirtschaftlich total zu entmachten, um sie für ihre Verbrechen zu bestrafen. Die Länder sollten völlig entindustrialisiert werden, ein Volk von Bauern und Hirten. Mit 60 Jahren Verspätung wird dieser Plan nun wahr. Der Unterschied liegt lediglich darin, daß es keine Politiker von Format mehr gibt, die dies verhindern wollen, und daß die Bevölkerung in einer gewissen Lust am Untergang willig mitmacht, anstatt sich zu wehren und gewissenlose Politiker aus dem Amt zu jagen bzw. wählen.

Die Gesellschaft in ganz Europa ist gespalten. Das hat sich am Beispiel der Schweizer Minarettabstimmung eindrucksvoll gezeigt. Da sind die einen, die nicht müde werden, zu warnen, weil sie klug und verantwortungsbewußt genug sind, die Folgen politischen Versagens zu erkennen. Das Minarett ist kein religiöses, sondern ausschließlich ein politisches Machtsymbol, weshalb eine Ablehnung mit eingeschränkter Religionsausübung gar nichts zu tun hat. Umgekehrt dürfen in islamischen Ländern auch keine Kirchen gebaut werden, ohne daß sich darüber bei uns jemand aufregt, von den grausamen Christenverfolgungen ganz zu schweigen.

Und da sind die anderen, die die Warner als intolerant im besten Fall, als ausländerfeindlich, rassistisch, rechtsextrem im schlimmsten Fall diffamieren. Und wenns gar nicht anders geht, schrecken Linke auch nicht davor zurück, Andersdenkende auch mit Hilfe richterlicher Gewalt einschüchtern zu wollen. Meinungs- und Pressefreiheit gibt es nicht mehr, was ganz eindeutig als symptomatisch für eine Diktatur zu werten ist.

Keine Ahnung, aber davon eine ganze Menge kennzeichnet auch die Diskussion um den Klimawandel. Es geht nicht ums Klima, es geht ums Geld, das hochverschuldete Staaten, auch Österreich und Deutschland, dringend fürs Budget brauchen. Daß Klimadaten wie etwa von der East Anglia Universität gefälscht wurden, daß die 4500 von 6000 Meßstationen weltweit, die anzeigten, daß es kälter wird, schlicht eliminiert wurden, ficht die Apokalyptiker nicht an. Österreichs Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen beträgt 0,6%. Jedem halbwegs vernünftig denkenden Menschen muß klar sein, daß eine Entindustrialisierung, ein Verzicht aufs Auto, eine massive Einschränkung des Lebensstandards am Weltklima absolut nichts ändern wird. Wir verzichten und lassen uns von gewissenlosen Politikern in

die Armut hetzen und die Dritte Welt und aufstrebende Staaten profitieren von unserem Untergang und lachen uns aus. Dritter Spaltpilz ist das Thema Migration. Ein kleines Land wie Österreich kann die Masse an Zuwanderern finanziell unmöglich verkraften. Daß manche Sozialleistungen für Asylanten höher sind als für arbeitslose Österreicher, ist der Gipfel an Ungerechtigkeit. Und bevor man für solche Aussagen wieder an den Pranger gestellt wird - die Studie stammt von Volkshilfe und Arbeiterkammer. Trotzdem nimmt Österreich bezogen auf die Bevölkerung mehr Asylanten auf als jeder andere Staat Europas. Aus Mangel an Wohnungen werden die Mieten steigen, das Sozialsystem ist am jetzigen Niveau ohnehin nicht zu halten, Arbeitsplätze werden knapp. Doch anstatt Zuwanderer nur ganz gezielt aufzunehmen, bieten wir sogar verurteilten Kriminellen eine Heimat. Auch für die bedenkliche demographische Entwicklung Österreichs ist nicht Zuwanderung die Lösung, sondern daß man die finanziellen Voraussetzungen schafft, daß die Österreicher wieder mehr Kinder bekommen.

Die große Masse jener, die sich überhaupt nicht für Politik interessiert und geduldig wie das Lamm auf der Schlachtbank sein Schicksal erwartet, kommt der europäischen Politik sehr entgegen. Diese entwickelt sich rasant in Richtung Diktatur, wofür der seit 2005 geltende Europäische Haftbefehl der beste Beweis ist. Er ist auf 32 beliebig auslegbare Straftatbestände anwendbar, darunter Umweltkriminalität, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Unter letzteres fallen alle nicht näher eingegrenzten Diskriminierungen, die sich etwa auf Volkszugehörigkeit, Religion oder die weltanschauliche Überzeugung anderer Menschen beziehen. So gesehen kann man, wenn man z.B. den Islam als falsch ablehnt, als Rassist gelten. Der EHB bestimmt, daß eine Straftat nicht nur in dem Land, in dem sie begangen wurde, geahndet wird, sondern EU-weit. Laut EHB kann man an ein Land, in dem eine Äußerung strafbar ist, ausgeliefert werden, auch wenn dies im Heimatland nicht der Fall ist. Für die Auslieferung an einen EU-Staat genügt die bloße Beschuldigung. Um Rassismus, Fremdenfeindlichkeit usw. zu bekämpfen, sieht die EU weiters vor, Gelder, finanzielle Vermögenswerte oder wirtschaftliche Erträge einzufrieren, im Klartext: Das Vermögen wird eingezogen, sodaß man sich nicht einmal mehr einen Anwalt leisten kann. Kritische Äußerungen z.B. über den Islam sind bereits jetzt in Schweden mit bis zu vier Jahren Haft strafbar. Wie man das alles üblicherweise nennt? Diktatur!



Die Zeit läuft uns davon

Von Josef Zachtl

Die Gerüchteküche brodeln und alle wissen, es wird kommen. Doch der Finanzminister schweigt. Wie lange noch? Die Menschen haben jedoch ein Recht, endlich verbindlich zu erfahren, wie der Staat die unvorstellbar hohen Schulden zurückzahlen will. Wieviel wird man wo einsparen, wieviel wird man sich durch neue oder höhere Steuern und Abgaben holen?

Vor allem soll man uns nicht mit der Ausrede kommen, das Fiasco war höhere Gewalt, wir selbst sind daran völlig unschuldig. Die Staatsschulden lagen schon vor der Krise nahe der 60-Prozent-Marke, sie wurden in Jahrzehnten guter Wirtschaftslage angesammelt und in schlechteren Jahren weiter gesteigert. Auch die gegenwärtige Regierung hat in den Koalitionsverhandlungen nicht Einsparungen, sondern neue Ausgaben ausgehandelt. Und schließlich haben auch Staat und staatsnahe Unternehmen Milliarden verspekuliert. Ein ranghoher Politiker brachte es auf den Punkt: „Alle haben es gemacht.“

„Finanzexperten“ in Banken und Universitäten sowie Politiker setzten alle auf den britischen Ökonomen Keynes, der die wissenschaftliche Basis für uferlos steigende Staatsschulden lieferte. Vertreter der Österreichischen Schule (The Austrians, Friedrich von Hayek, Ludwig von Mises) warnten seit Jahren vergeblich vor der drohenden Finanzkatastrophe. Man konnte diese Warnungen auch in Publikumszeitungen, etwa in der Schweiz, lesen. Jetzt, wann sonst, muß die jahrzehntelang verschobene Verwaltungsreform in Angriff genommen werden? Der letzte Entwurf der „Staatsreform“ liegt fünf Jahre zurück, ohne daß unsere Politiker auch nur ein Wort darüber verloren hätten. Hier hilft nur mehr ein radikaler Schnitt, auch wenn sich die Erfolge erst mittelfristig, vorwiegend sogar langfristig zeigen werden.

Voraussetzung dafür ist ein radikaler Rückbau unserer hypertrophen Verwaltungsgesetze, wie das etwa in Neuseeland geschah. Allein die Vielzahl der verschiedenen Förderungen, für die alle die Ansuchen gestellt, geprüft und genehmigt oder auch nicht genehmigt werden müssen. Mit einer an eine Negativsteuer gekoppelten steuerlichen Absetzung wäre alles in einer Hand.

Warum ist in Österreich keine Flat-Tax möglich, die überall, etwa in der Slowakei, dem Staat Mehreinnahmen bringt und die Verwaltungsarbeit für Staat und Unternehmen gewaltig reduziert. Nur dann kann auch die Zahl der Beamten schrittweise reduziert werden. Dieser Rückbau trifft natürlich auch auf die Bundesländer zu, wo sich schon erster Widerstand meldet. Wir brauchen nicht in jedem Bundesland ein eigenes Jugendschutz- oder Jagdgesetz. Auch die Funktionen der Bezirkshauptmannschaften müssen geprüft werden - wieviel davon ist verzichtbar?

Großes Einsparungspotential liegt im Pensionssystem. Daß Bundesbahnbeamte mit nicht einmal 50 Jahren ihren „wohlverdienten Ruhestand“ antreten können, ist ein absoluter Tiefpunkt politischer Moral. Die Anhebung des tatsächlichen auf das gesetzliche Pensionsalter von 65 Jahren für Frauen und Männer ist unverzichtbar.

Doch unsere Politiker werden zuerst über die Einnahmenseite nachdenken. Am wahrscheinlichsten ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer um vielleicht 2 Prozent. Das trifft alle, tut nicht merkbar weh und bringt Milliarden. Ein weiterer Schritt könnte die Verschärfung der Steuerprogression sowie Veränderungen der Frei- und Höchstgrenzen in der Sozialversicherung und bei Steuern sein. Man spricht von Erhöhung der Grundsteuern und Wiedereinführung von Schenkungs- und Erbschaftssteuer. Daß diese drei Steuern eine Enteignung von bereits versteuertem Vermögen sind, hat Politiker auch früher nicht gestört. Über eine „gelenkte Inflation“ zur Entschuldung flüstert man nur. Die Frage, wie lange man sie lenken kann, ignoriert man.

Auch die Landesregierungen wollten beim Ausgeben nicht knausrig zurückstehen. Gratisessen im Kindergarten - na selbstverständlich! Sage jetzt keiner, das sind doch peanuts, es gibt nämlich allzu viele peanuts im Land. Der Vorschlag Finanzminister Prölls, für Sozialhilfeempfänger ein Dokument einzuführen, in dem alle sozialen Unterstützungen aufscheinen, war ein richtiger Schritt. Niemand kann bestreiten, daß manche Menschen trotz Sozialhilfe Not leiden, andere wieder verstehen es, viele Quellen zu erschließen, um einträglich zu leben.

Die Entwicklungshilfe dient vorwiegend zum Ankauf russischer Waffen und dem Luxusleben der Potentaten. Was hat ein im schwarzen Afrika erbautes Wiener Kaffeehaus mit Entwicklungshilfe zu tun? Kenner dieser Länder schlagen seit Jahrzehnten vor, daß sich die Entwicklungshilfe auf Ausbildung in Europa - vom Handwerker bis zum Mediziner - mit verpflichtender Rückkehr in ihre Heimat beschränken soll. Das sind nur kleine Beispiele, die großen würden ein Buch füllen.

Was jetzt droht, ist ein Rückfall in den Steinzeitmarxismus mit Staats- und Planwirtschaft, die den österreichischen Steuerzahlern Milliarden gekostet haben. Das würde ein Schrecken ohne Ende und damit auch das Ende unseres Wohlstands bedeuten. Auch unsere noch nicht links indoktrinierten Politiker schließen davor die Augen.

Es waren Politiker, die die gesetzlichen Voraussetzungen für das unheilvolle Wirken der Finanzjongleure geschaffen haben. Die reale Wirtschaft ist Opfer, nicht Täter. Doch alle Anzeichen deuten darauf hin, daß man die Schritte zur Gesundung der Staatsfinanzen hinausschieben wird. Je länger das dauert, desto teurer wird es werden.

Der Preis der Verhinderung

Von Helmuth Bumberger

Anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums der Verhinderung des Donaukraftwerkes Hainburg haben die Grünen lautstark gefeiert und in vielen Medien wurde dies kommentarlos wiedergegeben. Es war wirklich ein großer Sieg gegen die vitalen Interessen des Landes, nämlich die Nutzung der wichtigsten eigenen Ressource für unsere Stromversorgung.

Wenn man die erfolgreichen Renaturierungsbemühungen bei den wenigen zuletzt hierzulande noch möglich gewesenen Wasserkraftwerksbauten kennt, könnte man annehmen, daß die Wunden eines Baues in Hainburg schon jahrzehntelang verheilt wären. Die Hainburger Au, von der Kronenzeitung zum Top-Natur-Juwel hochgejubelt, ist ja bekanntlich das Produkt einer früheren Donau-Regulierung, also Natur von Menschenhand. Sie wäre auch nur zum kleinen Teil betroffen gewesen.

Mittlerweile muß das Biotop durch künstliche Bewässerung am Leben gehalten werden. Das begleitende Problem der zu seichten Schiffahrtsrinne in diesem Bereich wird durch aufwendige Baggerarbeiten behandelt, beides naturgemäß mit Steuergeld. Diese Fragen hätte ein Kraftwerksbau gelöst und notwendige Erhaltungsarbeiten wären Aufgabe des Kraftwerksbetreibers, der diese auch problemlos in seiner Kalkulation untergebracht hätte.

Rechnet man mit 3 Jahren Bauzeit, würden seither 22



Jahre lang jährlich 1.800 GWh sauberer Strom der Energiebilanz zur Verfügung gestanden haben. Diese Energie ist auch benötigt worden und mußte aus anderen Quellen beschafft werden. Nun ist aber die Kernkraft einem anderen grünen Sieg zum Opfer gefallen und die als Alternativen angebotenen erneuerbaren Erzeugungsformen Wind und Photovoltaik haben sich trotz massiver Förderungen als völlig ungeeignet erwiesen, irgendeinen erkennbaren Beitrag zur Versorgungssicherheit zu erbringen. Unsere Stromwirtschaft hat daher auf die Alternative Gaskraftwerke gesetzt und betreibt auch heute noch in diesem Bereich große Projekte. Die Rechnung, die wir dafür derzeit überwiegend an Rußland zu bezahlen haben, ist neben einer latenten Unsicherheit die Kehrseite dieser Erzeugungsform.

Allein der Verzicht auf Hainburg bedeutet für die österreichischen Strombezieher eine jährlich Gasrechnung von 75 Mio Euro, für die Gläubigen des Klimawandels sind auch die

dabei anfallenden 350 Mio Tonnen CO₂ nicht unerheblich. Demnächst werden wir auch noch Zertifikate dafür bezahlen müssen.

Wie schaut es in Oberösterreich aus?

Für unser Land weisen die Statistiker ein mögliches Ausbaupotential an Wasserkraft von 800 GWh per anno aus, was einer gesamten Maschinenleistung von 160 MW entspricht. Mit der Umsetzung dieses Potentials schaut es aber gerade in unserem Bundesland sehr traurig aus, nachdem wir es uns als Industrieland nun schon die zweite Legislaturperiode leisten, das Energieressort der Verhinderungspartei anzuvertrauen.

Die beiden Kleinprojekte bei Lambach und Goisern müssen nun schon das dritte Jahr als Feigenblatt für die behauptete grundsätzlich positive Einstellung der Grünen zur Wasserkraft erhalten und sind noch immer in der Mühsal der Genehmigungsverfahren. Wenn sie denn dereinst gebaut werden, wird ihre Produktion zusammen nicht annähernd jene des von den Grünen verächtlich als Klospülung bezeichneten Traunkraftwerkes Lambach erreichen. Dafür wurde den Grünen zugestanden, auf den noch möglichen Ausbau der unteren Traun endgültig zu verzichten, was den willig mitbetenden Medien als Rettung eines Naturparadieses verkauft wurde. Wie großartig dieses Naturparadies tatsächlich ist, zeigt sich daran, daß dort in

der nächsten Zeit selbstverständlich auf Steuerzahlerkosten umfangreiche Rückbauarbeiten durchgeführt werden. Die Frage, ob der Natur und unserer Jugend nicht mehr gedient gewesen wäre, wenn man diese Arbeiten im Zusammenhang mit einem Kraftwerksbau gemacht hätte, darf gestellt werden, ist in Oberösterreich aber unzulässig.

Was aber nicht verschwiegen werden darf, ist, daß die Kompensation dieses weiteren Verhinderungsprojektes eine Gasrechnung von 6 Mio Euro pro Jahr und die Erzeugung von 28 Tausend Tonnen CO₂ mit sich bringt.

Ein weiterer Angriff auf die Zukunftschancen unserer Jugend ist es, die Mittel genau auf jede Erzeugungsform zu setzen, von der sich die Fachwelt einig ist, daß sie in Mitteleuropa zumindest in den nächsten zwei Jahrzehnten keinen praktischen Beitrag zur Energieversorgung liefern kann. Das groß angekündigte größte Solarkraftwerk Österreichs in Eberstalzell soll z. B. 6 Mio Euro kosten und 1 MW leisten. Dabei wird gerne die Peak-Leistung von Solaranlagen mit der Maschinenleistung von echten Kraftwerken verglichen. Es ist eine der vielen Zauberkunststücke im grünen Bereich, daß noch nie jemand darauf hingewiesen hat, daß man bei diesem Vergleich wegen der sehr viel schlechteren Verfügbarkeit die Peak-Leistung durch 5 dividieren muß, um die vergleichbare Kraftwerksleistung zu erhalten. So

entspricht das Groß-Solkraftwerk Eberstallzell einem Kleinwasserkraftwerk von gerade einmal 200 kW. Man müßte 1.800 solcher Anlagen ins Land stellen, um die Jahreserzeugung von Hainburg zu bekommen. Diese allerdings zum 10fachen des Preises aus einem Wasserkraftwerk und weder als Grundlast noch als Spitzenstrom einplanbar, weil extrem unzuverlässig.

Deutschland wird von den Photovoltaik-Leuten gerne als Musterland genannt. Tatsächlich ist unseren Nachbarn ein PV-Boom passiert, der auf Förderzusagen bis zu 50 Cent auf 20 Jahre beruht. Jetzt steht man, wo es noch geht, auf der Bremse, aber es wird befürchtet, daß für dann 1 % des Strombedarfs ein

Förderaufwand von 2,2 Milliarden Euro notwendig sein wird.

Aber es gäbe für Österreich auch eine gute Nachricht. Auf dem Strommarkt in Europa gibt es neuerdings eine nie gekannte Volatilität, die dazu führt, daß stundenweise elektrische Energie extrem billig angeboten wird. Ursache sind vor allem die an der europäischen Westküste installierten Windkraftanlagen. Diese haben erst eine erste Ausbaustufe hinter sich, allein die in Deutschland genehmigten Off-Shore-Projekte sollen bis 2020 70.000 MW hinzufügen. Bekanntlich besteht die derzeit einzige wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeit, elektrische Energie zu speichern und somit die Tiefpreiszeiten zu

nutzen, in Speicherkraftwerken. Unser Land wäre auf Grund seiner Geographie dafür sehr gut geeignet und könnte Stromveredelungs-Europameister werden. Man braucht allerdings dazu neben den Kraftwerken mit Wasserspeicher auch die eine oder andere neue Leitungsverbindung. Darum habe ich die gute Nachricht auch im Konjunktiv geschrieben.

Wenn man erlebt hat, wie argumentationsresistent die Verhinderer auch dann sind, wenn es um das elementare Thema unserer sicheren Stromversorgung geht, kann man sich vorstellen, was wir erleben werden, wenn hier Anlagen gebaut werden sollen, für die nur das schöne Geld verdienen spricht. Das haben wir doch überhaupt nicht nötig!

Ein Vorschlag zu einem noch wichtigeren Thema:

Warum setzen wir nicht einen Akt der Selbsterkenntnis, beenden die Debatte um den Text der Bundeshymne und setzen an ihre Stelle das Lied vom „Lieben Augustin“?

Komm.-Rat Ing. Helmuth Bumberger war jahrelang Vorstand eines internationalen elektrotechnischen Unternehmens, ist außerdem Vorstandsmitglied des Verbandes Selbständig Wirtschaftstreibender und beschäftigt sich als Vorstandsmitglied des Instituts Wirtschaftsstandort Oberösterreich - Verein zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich - mit Fragen der Energieversorgungssicherheit.

Regierung will Mineralölsteuer erhöhen Zum Sparen fällt der Regierung nichts ein

Einer weiteren exorbitanten Belastung der Mobilitätswirtschaft, aber auch aller Autofahrer - insbesondere der Berufspendler - und das noch dazu in Zeiten der Wirtschaftskrise, erteilt KommR Johannes Hödlmayr, MBA, Obmann der Sparte Transport Verkehr in der WKOÖ, der von der Bundesregierung angekündigten Anhebung der Mineralölsteuer eine vehemente Absage.

Für viele Betriebe und Beschäftigte, die beruflich auf das Auto angewiesen sind, wäre diese Erhöhung ein schwerer und zugleich höchst gefährlicher Anschlag, der noch dazu der öffentlichen Hand in Summe nicht einmal etwas bringen würde.

Die Bundesregierung spekuliert zwar mit zusätzlichen Einnahmen von knapp 1 Milliarde Euro pro Jahr, ignoriert dabei aber, daß ihr ein noch größerer Betrag an Steuereinnahmen verloren ginge, weil dann viele bisher in Österreich getätigte Spritumsätze vor allem in den Grenz-

regionen künftig ins Ausland verlagert würden.

Gerade für eine Vielzahl von der Wirtschaftskrise getroffene Klein- und Mittelbetriebe in der heimischen Verkehrswirtschaft, die - anders als eine Handvoll Großbetriebe aus dem Industrie- und Bankenbereich - bisher keinerlei staatliche Krisenhilfe erhalten haben, würden mit einer solchen Maßnahme einmal mehr zur Kasse gebeten und noch mehr Richtung finanziellem Abgrund gedrängt, warnt Hödlmayr. „Es ist vielmehr dringend notwendig, die exorbitanten Belastungen der Mobilität auf einen kritischen Prüfstand zu stellen, anstatt nach immer noch zusätzlichen, den Staatssäckel füllenden Maßnahmen Ausschau zu halten“, betont Hödlmayr. Während etwa die Landwirtschaft nach wie vor in den Genuß eines steuerbegünstigten Diesels kommt, bezahlen alle anderen Nutzer mobiler Antriebe sogar Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer,

also doppelte Steuer. Rund 13 Milliarden Euro knöpft der Staat den Nutzern der Mobilität schon derzeit jährlich an Steuern und Abgaben ab, wovon ohnehin nur etwa ein Drittel über Investitionen in die Infrastruktur wieder zurückfließt.

Und jetzt soll noch weiter an der Belastungsschraube gedreht werden, anstatt gerade in Krisenzeiten Entlastungen zu überlegen. „Ich fordere die Politik daher auf, weitere Belastungen, insbesondere die angekündigte Anhebung der Mineralölsteuer zu unterlassen und stattdessen konstruktiv über die Einführung eines steuerentlasteten Wirtschaftsdiesels nachzudenken. Was für die Landwirtschaft selbstverständlich ist, muß in schwierigen Zeiten auch für die gewerbliche Wirtschaft realisierbar sein. Weitere Belastungen sind grob fahrlässig“, bringt Hödlmayr den Unmut der ohnehin schon von der Krise arg getroffenen Verkehrswirtschaft auf den Punkt.

Institut Wirtschaftsstandort Oberösterreich Kein Wohlstand ohne Energieversorgungssicherheit

Gemeinsam mit Gleichgesinnten hob WK-Präsident Christoph Leitl einen neuen Verein aus der Taufe: Das „IWS-Institut Wirtschaftsstandort Oberösterreich“ wird sich verstärkt für die Förderung des heimischen Wirtschaftsstandortes einsetzen. Als aktive Unterstützer stehen Leitl so bekannte Oberösterreicher wie Leonhard Helbich-Poschacher und Univ.Prof. Friedrich Schneider als Vizepräsidenten sowie Kurt Pieslinger und Gottfried Kneifel als Geschäftsführer zur Seite. Dr. Kurt Pieslinger nimmt nachstehend zum Umfrage-Ergebnis über die Versorgung Oberösterreichs mit elektrischer Energie Stellung.

Besonders erfreulich ist, daß 95 Prozent der Befragten die Energieerzeugung im eigenen Land für wichtig, davon 77 Prozent für sehr wichtig halten. Der dahinter stehende Wunsch der Energieautarkie ist allerdings in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Doch jeder Schritt, der uns diesem Ziel näher bringt, ist ein Gewinn für die gesamte Volkswirtschaft.

Auch die Priorität, in welche Energieträger in Zukunft verstärkt investiert werden soll, spiegelt diesen Wunsch nach Versorgungssicherheit wider. Die Fakten der einzelnen Energieträger widersprechen jedoch konträr der gewünschten Reihung. Das betrifft vor allem die Gesteungskosten pro kWh, als auch die möglichen Kapazitäten.

Die Umfragereihung:

Sonnenenergie	94 Prozent
Biomasse	84 „
Windenergie	82 „
Wasserkraft	81 „
Kohle und Gas	10 „
Atomstrom	5 „

Stromkosten pro kWh

Sonnenenergie	34 Cent
Biomasse	12 Cent
Windenergie	90 - 130 Cent
Wasserkraft	3 Cent
Kleinwasserkraft	7,5 Cent
Braunkohle	4 bis 8 Cent
Erdgas	6 Cent
Biogas	12 Cent
Atomstrom	3 Cent

Die Diskrepanz zwischen den Wünschen der Bevölkerung und den Herstellungskosten pro kWh würde nach einer sachlichen Informa-



Dr. Kurt Pieslinger, Geschäftsführer des IWS, sieht in der hohen Zustimmung zur Energieselbstversorgung eine wertvolle Unterstützung für künftige Investitionen, ortet jedoch hohen Informationsbedarf über mögliche Kapazitäten und die Produktionskosten pro kWh alternativer Energieträger.

tion der Bevölkerung die Reihung für verstärkte Investitionen ändern.

Wasserkraft

Wasserkraft ist nicht nur der mit 3 Cent pro kWh billigste Energieträger, sie braucht keine Förderungen und lukriert trotz des niedrigen Preises Steuern und Gewinne. Wasserkraft ist der wertvollste und umweltfreundlichste Energieträger Österreichs.

Der Bau großer Wasserkraftwerke, Lambach ausgenommen, ist jedoch in den letzten Jahrzehnten vollkommen zum Stillstand gekommen. Es wurden zwar rund 100 Klein-

wasserkraftwerke in Oberösterreich modernisiert oder vollkommen erneuert, doch erreichen sie zusammen etwa die Kapazität von Lambach. Dies allerdings zu höheren Investitionskosten und damit höheren Produktionskosten. Kleinkraftwerke sind aber trotz ihrer Produktionskosten von 7,5 Cent pro kWh ein unverzichtbarer Beitrag zur Energieselbstversorgung.

Was Oberösterreich am dringendsten braucht, sind Speicherkraftwerke, vor allem Pump-Speicherkraftwerke. Speicherkraftwerke können in Zeiten großer Niederschlagsmengen oder der Schneeschmelze aufgefüllt werden und je nach Bedarf Strom produzieren.

Noch dringender sind Pump-Speicherkraftwerke. Bei niedrigem Stromverbrauch wie nachts, an Wochenenden und Feiertagen ist Strom besonders billig, mit dem die Speicher aufgefüllt werden. Steigt der Verbrauch und damit die Preise, wird diese gespeicherte Energie gewinnbringend „veredelt“.

Die Energie AG betreibt derzeit in Ranna und Partenstein Speicherkraftwerke sowie weitere an der Gosaukette und im Salzburgerland.

In Oberösterreich gibt es trotz des bereits hohen Ausbaugrades noch weitere, ökologisch vertretbare und wirtschaftlich sinnvolle Standorte für neue Wasserkraftwerke. Insgesamt ergeben diese Standorte eine Kapazität von 2,750 GWh, die jedoch auf Grund politischer Vorgaben auf etwas mehr als 500 GWh

reduziert werden mußten.

Kohle

Der geringe Zuspruch zur Kohle beruht auf der veröffentlichten Meinung, die an Kohle kein gutes Haar läßt.

Die Produktionskosten pro kWh von Braunkohle betragen 4 bis 8 Cent, bei Steinkohle wesentlich weniger.

Kohle hat den Vorteil, daß man Vorräte für Jahre lagern kann. Allein die in Deutschland gesicherten Vorräte würden für 200 Jahre reichen. Vom Preis her ist allerdings die wertvolle Steinkohle aus Übersee unschlagbar.

Die Abgasprobleme sind durch modernste Rauchgasreinigungsanlagen längst gelöst. Die Kohlekraftwerke Riedersbach I und II- das modernste Kraftwerk der Energie AG, sind für die Stromversorgung Oberösterreichs unverzichtbar.

Erdgas

Erdgas-Kraftwerke sind extrem emissionsarm und brauchen keine staatlichen Förderungen. Die Produktionskosten liegen bei 6 Cent pro kWh. Ein Problem ist die große Abhängigkeit von Rußland, doch will man diese durch zusätzliche Leitungen aus dem Nahen Osten minimieren. Auch der Transport von verflüssigtem Erdgas durch Schiffe wird forciert. Der geringe Zuspruch von nur 10 Prozent der Befragten ist auch hier das Ergebnis intensiver Indoktrinierung durch die veröffentlichte Meinung.

Biogas

Biogas hat den Vorteil des heimischen Energieträgers, dessen Anteil an der gesamten Stromproduktion ist jedoch derzeit vernachlässigbar.

Der Preis von 12 Cent pro kWh verweist diesen Energieträger in das Hoffungsgebiet künftiger Fortschritte durch Forschung und Entwicklung mit Senkung der Strom-Produktionskosten.

Sonnenenergie- Photovoltaik

Die Produktionskosten von 34 Cent pro kWh betragen mehr als das 11-fache gegenüber Wasserkraft. Die hohen Förderungen sind eine politische, doch keine marktwirtschaftliche Entscheidung.

Dennoch hat Photovoltaik eine große Zukunft. Der derzeit noch geringe Wirkungsgrad der Solarzellen rechtfertigt nicht die hohen Förderungen der Produkte, würde jedoch vielfach höhere Förderungen für Forschung und Entwicklung erfordern.

Solarzellen mit äußerst hohem Wirkungsgrad gibt es bereits, allerdings zu extrem hohen Kosten, die derzeit nur die Weltraumindustrie bezahlen kann. Wissenschaft und produzierende Industrie, wie etwa Fronius in Oberösterreich, könnten mit entsprechenden finanziellen Mitteln schneller zum Ziel eines marktgerechten Durchbruchs kommen.

Auch das von der Energie AG in Eberstalzell errichtete größte Sonnenkraftwerk Österreichs ist von den Kosten her unter Forschung und Entwicklung einzureihen.

Eine Schwachstelle würde Photovoltaik jedoch auch weiterhin bleiben. Bei Schwankung oder gänzlichem Ausfall der Sonneneinstrahlung muß ein konventionelles Kraftwerk verzögerungsfrei einspringen. Ideal wären Speicherkraftwerke, die seit Jahrzehnten durch politische Entscheidung nicht mehr gebaut werden. Bleiben Gas-Kraftwerke, deren Le-

bensdauer jedoch durch das abrupte Ein- und Ausschalten drastisch verkürzt wird.

Windkraft

Der Wind kostet nichts, wie schön! Windstrom kostet 90 bis 130 Cent pro kWh, das ist das 30 bis 40-fache im Vergleich zur Wasserkraft. Windkraft ist eine ausgereifte Technik, deren Effizienz kaum noch gesteigert werden kann. Der Nachteil, daß bei zu schwachem Wind, gänzlichem Windausfall oder Sturm ebenfalls ein Gaskraftwerk einspringen muß, trifft für Windkraft verstärkt zu.

Kernkraft

Die Einstellung der Mehrzahl der Österreicher kann man mit folgendem Satz wiedergeben: „Die Mehrheit der Österreicher hat sich entschieden, von Kernkraft nichts verstehen zu wollen und sich vor ihr zu fürchten“ (Helmuth Bumberger)

Für unsere Atomgegner gibt es drei Horrorszenarien:

o Tschernobyl hatte einen Röhrenreaktor, den es im Westen nie gab. Außerdem war die Bedienungsmannschaft nicht betrunken, wie behauptet, sondern mußte das Sicherheitssystem ausschalten, um die volle Leistung des Reaktors beizubehalten.

Friedens-Nobelpreisträger Gorbatschow verschwieg das Ausmaß der Katastrophe drei Wochen lang und lieferte so tausende Menschen dem sicheren Tod oder unheilbaren Erkrankungen aus.

o In Harrisburg wurden keine Menschen gesundheitsschädlich bestrahlt, obwohl das immer wieder behauptet wird. Die ausgetretene Strahlendosis verhielt sich zu Tschernobyl wie Eins zu mehr als einer Million.

Von wem und warum ein Großalarm ausgelöst wurde, wurde nie bekanntgegeben.

o Im Kampf gegen Temelin sind auch alle übrigen Partei-

en auf den grünen Zug aufgesprungen. Die im Reaktorteil aufgetretenen Störfälle traten in geschlossenen Räumen im Kühlsystem auf. Die ausgetretene Strahlung entsprach jener einer ärztlichen Röntgenuntersuchung.

Doch in Österreich wurden alle Störfälle im Nichtreaktorteil wie Siegesmeldungen hinausposaunt, obwohl es dort keine Strahlung geben kann. Es handelte sich um Störfälle, wie sie in jeder großen Industrieanlage in den ersten Jahren auftreten.

Ohne Wasserkraft, Erdgas und Kohle keine Energiezukunft

Mit dieser klaren Aussage weist Energie AG-Generaldirektor Dr. Leo Windtner alle Phantastereien oder gezielte Verdummung durch jene zurück, die der Bevölkerung vorgaukeln, man könnte mit Biomasse, Sonnen- und Windkraft ein energieautarkes Österreich schaffen. Diese Aussage Leo Windtners genügt, um mit der verantwortungslosen Verdummung endlich aufzuräumen.

Doch die mögliche Energieautarkie kann durch die vom grünen Energie-Landesrat verkündete Energiewende (?) erreicht werden, wird der Bevölkerung wie ein religiöses Credo vorgebetet. Zu allem Überfluß unterstützt auch Umweltminister Berlakovich diesen Unsinn.

Der grüne Energie-Landesrat forderte kürzlich eine Anhebung der Photovoltaik-Förderung auf deutsches Niveau, allerdings wird die Förderung von Jahresbeginn bis Juli in Etappen um 25 Prozent für Dachanlagen und 35 Prozent für Freianlagen sowie Anfang 2011 noch einmal für alle Anlagen um weitere 10 Prozent gekürzt.

Derzeit werden 80 Prozent aller Solarzellen zu einem 30 Prozent niedrigeren Preis gegenüber deutschen Produkten aus China importiert. Der Minister

will keine Traumrenditen auf Kosten des Steuerzahlers finanzieren. In Österreich sind keine Importzahlen bekannt. Wider jede volkswirtschaftliche Vernunft wurde die Förderung der Windkraft, die nur in abgelegenen Gebieten berechtigt ist, um weitere 29 Prozent erhöht. In einer Volksbefragung lehnten über 60 Prozent den Windpark im Kobernauberwald ab, eine grüne Befragung ergab über 70 Prozent Zustimmung, wobei die Frage „Wollen Sie einen Windpark?“ gar nicht gestellt wurde.

Die Anti-Atom-Kampagne wurde eine Religion und alljährlich werden unter Leitung des Anti-Atombeauftragten Radko Pavlowec Millionen zur Bekämpfung Temelins verschleudert. Dabei müssen wir froh sei, Strom aus Kernkraft, auch von Temelin, zu bekommen.

Temelin gehört, da es ein relativ neues Kraftwerk ist, zu den sichersten Kernkraftwerken. Welt- und europaweit hat die Renaissance der Kernkraft längst eingesetzt, Österreich steht sehr einsam da.

Derzeit haben wir einen Importüberhang von 10 Prozent, bis 2020 werden es 20, bis 2030 50 Prozent Überhang sein. Auch der Steigerung der Energieeffizienz sind Grenzen gesetzt.

Der öö. Landtag hat beschlossen, den Energieverbrauch um 30 Prozent zu senken. Die Steigerung der Energieeffizienz, dieses Ziel wäre nur durch die Entindustrialisierung unseres Landes zu erreichen. Zur Erinnerung: Die öö Industrie beschäftigte vor der Krise mehr als 100.000 Mitarbeiter, indirekt weitere 200.000.

Was das Land braucht, ist vor allem eine Aufklärung der Bevölkerung über die wahren Kosten und Kapazitäten der einzelnen Energieträger. Nur dann wird auch die Politik bereit sein, ihre bisherige Blockadepolitik aufzugeben. Jede weitere Verzögerung würde die Probleme nur vergrößern.

Das IPCC: Eine internationale Truppe von Klimaschwindlern?

Die Erkenntnisse und Empfehlungen des Weltklimarats IPCC waren mehr als ein Jahrzehnt lang die Grundlage jeder Klima-Initiative. Desgleichen werden wohl alle zukünftigen Bemühungen - sei es Kyoto II, innerstaatlicher Emissions-Handel und -Besteuerung, oder die Kohlenstoffreglementierung des US-Umweltbundesamtes unweigerlich auf der Glaubwürdigkeit dieses UNO-Ausschusses von „Experten“ beruhen. Doch eine Fülle von noch andauernden Enthüllungen über systematischen Betrug bringt diese Basis zum Wanken. Das gesamte Kartenhaus vom menschengemachten Klimawandel steht kurz vor dem totalen Einsturz.

In einfachen Worten: Wir sind belogen worden. Wir sind zum Ziel einer Bande von opportunistischen Betrügern gemacht geworden, welche die naiven altruistischen Absichten der Umweltbewegung in dem Bemühen ausgebeutet haben, den internationalen Energieverbrauch zu steuern und dabei den Reichtum auf der Welt umzuverteilen und sich (vielfach) auch gierig die eigenen Taschen zu füllen.

Vielleicht verstehen mehr Leute, was viele schon seit Jahren wußten: der menschengemachte Klimawandel war niemals wirklich ein Problem – stattdessen aber eine Lösung.

Denn gerade als die Wissenschaft des IPCC als betrügerisch entlarvt wurde, sind auch seine augenscheinlichen Motive ans Licht gekommen. Sie wurden bestürzend sichtbar, als der Textentwurf für die „letztmögliche Gelegenheit zur Rettung der Erde“, für das Internationale Klimaabkommen [PDF], im vergangenen Dezember in Kopenhagen vorgelegt wurde. Darin stehen genau so viele Paragraphen zur Begleichung von „Klimaschulden“ durch die westlichen Nationen unter dem wachsamen Auge einer UNO-geführten Globalsteuerung, wie er Regelungen zur Emissions-Verminderung enthält.

Die UNO zeigte ihre Absicht zur Politisierung der Wissenschaft bereits 1972 auf ihrer Stockholmer Konferenz zur „Menschli-

chen Umwelt“ [Human Environment (UNCHE)]. Dort vernahm eine unwahrscheinliche Mischung von legitimierten Umweltaktivisten, in der Wolle eingefärbten Marxisten und allerlei übrig gebliebenen 68ern mit Freude nicht nur die üblichen Klagen über Umweltprobleme durch Industrialisierung, sondern auch eine lange Liste internationaler Ungerechtigkeiten. Unter den zu verurteilenden Verantwortlichkeiten des Menschen war die Überbevölkerung, der Mißbrauch von Rohstoffen und Technik, unausgewogene Entwicklung und das weltweite Dilemma der Verstädterung. Und aus dieser Ehe von globalen, umweltbezogenen und sozialen Sorgen ging die Mutterorganisation des IPCC hervor, das UNO-Umweltprogramm (UNEP), und die Glückskeks-artige Prosa seines sozialistischen Umweltmanifests, der „Stockholmer Erklärung“ (Stockholm Declaration).

UNEP hatte für ihre Lösung jetzt das perfekt passende Problem: menschengemachter Klimawandel (Anthropogenic Global Warming, abgek. AGW).

Schließlich erfordern die Bekämpfung und die Anpassung daran eine große Ausweitung von Regierungsherrschaft und Besteuerung. Außerdem sehen die Industrie und der Kapitalismus schlecht aus, wenn endlose Bilder von Tieren und Drittwelt-Menschen gezeigt werden, die durch reiche Westler leiden. Und ganz wichtig ist, daß durch aufhetzerische Anklagen gegen „reiche“ Länder, die die Menschenrechte von Hunderten von Millionen der Ärmsten der Welt verletzt hätten, weil sie selbstständig den Klimawandel herbeiführten und dadurch weltweites Leiden verursachten, die Verheißung auf Verteilung internationalen Wohlstands propagiert wird, um den weniger glücklichen Nationen bei der Anpassung an die Folgen zu helfen.

Allerdings musste das verpackt werden, um es für weite Kreise genießbar zu machen. Und so geschah es. *Quelle: EIKE/Limburg*

Es gibt keine Klimaerwärmung seit 1995

Professor Phil Jones, jener Wissenschaftler, welcher im Mittelpunkt des Climategate-Skandals steht, hat jetzt eine 180 Gradwende gemacht und gesagt:

Die Daten für die so wichtige „Hockey Stick“ Grafik sind verschwunden. Es gibt keine globale Klimaerwärmung seit 1995. Warmperioden gab es schon früher, die nicht von Menschen verursacht wurden.

Jones wird beschuldigt, die Klimadaten so manipuliert zu haben, damit sie zu der Behauptung über eine menschliche Ursache der globalen Erwärmung paßt. Außerdem hat er die Anfragen von skeptischen Kollegen auf die Herausgabe der Klimadaten verweigert und andersdenkende Klimaforscher diffamiert. Nun sagen Kollegen von Professor Jones, er verweigerte die Anfragen laut „Freedom of Information Act“, weil er die Unterlagen verloren hat. Jones hat gegenüber der BBC zugegeben, was seine Kollegen sagen, stimmt, ihm mangle es an organisatorischen Fähigkeiten und sein Büro wäre ein Chaos. Nur, diese verschwundenen Daten sind entscheidend für die berühmt berüchtigte „Hockey Stick“ Grafik, welche eine angeblich starke Erwärmung anzeigt und von allen Befürwortern der Klimareligion, wie zum Beispiel Al Gore in seinem Film, als Beweis für die rasante Klimaerwärmung hervorgehoben werden. Professor Jones hat auch zugegeben, es gibt die Möglichkeit, die Erde war während des Mittelalter wärmer als heute, was annehmen läßt, es ist kein vom Menschen gemachtes Phänomen. Und er sagt, für die letzten 15 Jahre gibt es

keine „statistisch signifikante“ Erwärmung!!!

Der Umweltanalyst der BBC Roger Harrabin fragte Jones:

„Stimmen sie dem zu, daß es seit 1995 bis heute keine statistisch signifikante globale Erwärmung gibt?“

Jones: Ja, aber gerade so. Ich errechnete den Trend für die Periode 1995 bis 2009. Dieser Trend (0,12 °C pro Dekade) ist positiv, aber nicht signifikant ...“

Frage: Stimmen sie dem zu, daß von Januar 2002 bis heute es eine statistisch signifikante globale Abkühlung gibt?

Jones: Nein. Diese Periode ist sogar kürzer als 1995-2009. Der Trend hier ist negativ (-0,12 °C pro Dekade), aber dieser Trend ist nicht statistisch signifikant. Also wir sehen, die globalen Durchschnittstemperaturen bewegen sich minimal hin und her. Viele Wissenschaftler meinen, so kleine Schwankungen um Zehntelgrad sind gar nicht meßbar, denn die Ungenauigkeit ist höher. Diese totale Meinungsänderung des obersten Klimapapstes bestätigt, was wir Skeptiker der anthropogenen Klimaveränderung immer schon gesagt haben, es gibt ernsthafte Fehler in der sogenannten Wissenschaft und es ist zu einem orthodoxen Dogma, ja zu einer Religion geworden, die man nicht anzweifeln darf, der Mensch sei schuld an einer Klimaerwärmung. Jetzt stellt sich heraus, wir hatten mit unserer Kritik recht und Jones bestätigt es sogar. Es gibt schon seit 15 Jahren keine Klimaerwärmung und in den letzten Jahren kühlt sich das Klima sogar leicht ab!!!

Quelle: Sterling

Die Energiesicherheit Europas ohne rosarote Brille

Von Dr. Martin Malek

Der österreichische Nationalrat verlangte in einer Entschließung vom 21. Jänner 2009 über eine „energiepolitische Gesamtstrategie“ unter anderem, „alle notwendigen Schritte zur Verringerung der Abhängigkeit der österreichischen Energieversorgung von Lieferungen fossiler Brennstoffe aus Drittstaaten zu setzen“ und „die Erforschung, Nutzbarmachung und Produktion erneuerbarer Energieformen zu forcieren und zu fördern.“ Allerdings wird die Elektrizitätsgewinnung ohne technologischen Durchbruch auch in der überschaubaren Zukunft stark von Gas abhängen, und der Straßen- und Luftverkehr dürfte auch noch 2030 in erster Linie auf Ölprodukten beruhen. Daher wird die Sicherheit der Versorgung mit diesen beiden Energieträgern für Wirtschaft und Infrastruktur der EU auf lange Sicht entscheidend sein, was auf verschiedenen Ebenen politischen Niederschlag finden sollte. Ein EU-Dokument zog folgende Konsequenzen: „Energie muß ein zentraler Teil aller EU-Außenbeziehungen werden; sie ist ausschlaggebend für die geopolitische Sicherheit, ökonomische Stabilität, soziale Entwicklung und für die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels.“

Die „Rußland zuerst“-Politik, die die EU seit vielen Jahren verfolgt, war offenbar unzureichend und sehr wahrscheinlich sogar kontraproduktiv für ihre Energiesicherheit: Obwohl die EU der größte Öl- und Gaskunde Rußlands ist, bestimmt derzeit ganz überwiegend Moskau die „Spielregeln“. Am Gipfeltreffen EU - Rußland Ende Mai 2009 in der russischen Stadt Chabrowsk lehnte es der russische Präsident Dmitrij Medwedjew explizit ab, künftige Lieferstopps für Gas auszuschließen. Auch aus vielen anderen Gründen sind wiederholte Versicherungen zahlreicher westeuropäischer Politiker, Medien und Experten, daß Moskau ein zuverlässiger Lieferant von Energieträgern sei, längst nicht mehr nachvollziehbar. Gazprom strebt sichtlich eine Vormachtstellung in Europa an. Der Bau immer neuer Gaspipelines, die die EU mit Rußland verbinden (wie Nord Stream und South Stream) erhöht die Versorgungssicherheit nicht nur nicht, sondern stellt sie angesichts der manifesten russischen Aktivitäten, mit Energielieferungen Politik zu machen, in Frage. Dank

Falschmeldungen

Das IPCC mußte erst kürzlich zugeben, daß die Himalaya-Gletscher nicht schmelzen, schon gar nicht wegen des wie immer behaupteten anthropogenen Einflusses auf das Klima. Das sei aber nur ein einzelner Fehler gewesen, beteuert man bei IPCC.

In einem IPCC-Bericht fand sich jedoch ein Bericht des für den WWF arbeitenden Journalisten Andy Rowell, daß bis zu 40% des Amazonas-Urwaldes drastisch auf noch so kleine Verminderung der Niederschläge reagieren, also die Erderwärmung des Regenwald gefährdet. Dieser wird aber durch den Holzeinschlag bedroht, nicht durch den Klimawandel. *EIKE/M. Limburg*

der Kontrolle über die entsprechende Infrastruktur in einigen Transitländern beschränkt Rußland den Marktzugang für andere potentielle Versorger. Ohne Gegenmaßnahmen könnte die Energiesicherheit der EU lange vor 2030 weitgehend vom Wohlwollen Moskaus abhängen, was ihm übermäßigen und potentiell problematischen Einfluß auf die europäische Entscheidungsfindung nicht nur im Bereich der Energiepolitik einräumen würde.

Eine „Entpolitisierung“ der Beziehungen zwischen der EU und Rußland im Bereich des Handels mit Energieträgern ist ebenso wünschenswert wie in der überschaubaren Zukunft unrealistisch. Der Kreml läßt keine Bereitschaft erkennen, multilateral bindenden Verträgen und Vereinbarungen zuzustimmen. Stattdessen implementiert er eine unilaterale „Energieaußenpolitik“, die die Märkte und Transitrouten in der EU und der Makroregion Schwarzes Meer/Kaspisches Meer durchdringen und dominieren will - auch und gerade in dem Bewußtsein, daß die dortigen Reserven der EU eine Möglichkeit bieten, der Abhängigkeit von russischen Energieträgern zu begegnen. Die weitere Erschließung dieser Erdöl- und Erdgaslagerstätten sowie der Abtransport via Georgien und der Türkei würde die Energiesicherheit der EU eindeutig erhöhen. Moskau ist sich dessen bewußt und setzt sich daher das Ziel, alle Transportrouten zu blockieren, über die Gas aus der Region des Kaspischen Meeres unter Umgehung russischen Territoriums in die EU gebracht werden könnte. Der Kreml versucht zudem, größtmögliche Kontrolle über das kasachische und das turkmenische Erdgas zu etablieren. Und die Initiativen Rußlands, sich mit anderen Gasproduzenten - natürlich möglichst unter seiner Führung - zusammenzuschließen bzw. sogar eine „Gas-OPEC“ zu initiieren, sollten ein weiterer Anreiz für die EU sein, nachdrücklicher als bisher Zugang zu den Energieträgern der Region des Kaspischen Meeres zu suchen.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie.

Es wird kälter

Das hätten sich die Klimahysteriker, die seit Jahren die weltweite Erwärmung herbeireden, wohl anders vorgestellt. Strenger Winter in Peking, dort werden die tiefsten Temperaturen seit Beginn der Messungen registriert, Schneechaos in Amerika und weiten Teilen Europas, dutzende Kältetote. Das will nicht so recht zur Erderwärmung passen. Tut es auch nicht, denn es wird in 80 % der Erde kälter. Die globalen Temperaturen fallen seit 10 Jahren deutlich, wie satellitenbasierte globale Temperaturdaten beweisen. Doch von derlei Fakten völlig unbeeindruckt, phantasieren Politiker weiterhin von Erderwärmung und neuen Ökosteuern - und um die geht es ja im Grunde. *EIKE/M. Limburg*

Der Irak vor neuer Zerreißprobe

Parlamentswahlen in einer tief gespaltenen Gesellschaft

Richard G. Kerschhofer

Wahlen werfen ihre Schatten voraus - in unseren Breiten meist nur als unhaltbare Wahlversprechen, anderswo auch als zuweilen blutiger Streit um Wähler- und Kandidatenlisten, doch in Ländern wie dem Irak auch durch Anschläge, um den Wahlgang überhaupt zu sabotieren.

Im nun offiziell eröffneten Wahlkampf für die zuletzt auf 7. März verschobenen Parlamentswahlen - 19 Millionen Stimmberechtigte vergeben 325 Mandate - wurde bereits eine Abgeordnete ermordet, und mehrere Wahlbüros laizistischer Parteien wurden durch Bomben verwüstet. Zur Verhinderung des Wahlgangs aufgerufen hat aber nicht nur „Al-Kaïda“. Auch andere Kräfte sind an einer Eskalation interessiert, und die Regierung von Ministerpräsident Nuri Al-Maliki hat selbst die Lage angeheizt, indem etwa 500 angebliche Anhänger des einstigen Baath-Regimes unter Saddam Hussein von der Kandidatur ausgeschlossen wurden.

In der „unabhängigen“ Wahlkommission walten Schiiten, darunter welche, die sich wie der berüchtigte frühere Pentagon-Günstling Ahmed Chalabi selbst um Mandate bewerben. Vom Ausschluß betroffen sind daher vorwiegend Sunniten - aber auch einige Prominente von der Liste des laizistischen Schiiten und früheren Ministerpräsidenten Ayad Allawi. Selbst wenn - wie es heißt, auf Druck der USA - rund zwei Dutzend der zunächst Ausgeschlossenen doch antreten dürfen, kann ihnen, falls sie gewählt werden, das Mandat unter Vorwänden nachträglich aberkannt werden.

Bemerkenswerterweise wirft laut „New York Times“ General Ray Odierno, der ranghöchste US-Kommandeur im Lande, Chalabi nun vor, „eindeutig vom Iran beeinflusst“ zu sein und

dort sich unter anderem auch mit Personen getroffen zu haben, die auf der US-Terrorliste stünden. Aus dem Nordirak gibt es inzwischen Berichte über Stimmenkauf. Al-Maliki wiederum redet seit Wochen von einer Verschwörung der Baathisten, die unbedingt verhindert werden müsse. Und prominente Sunniten werfen Al-Maliki vor, daß die „Entbaathisierung“ zu einer „Entsunnifizierung“ verkommen sei.

Was das Wahlergebnis betrifft, läßt sich risikolos voraussagen, daß die Gruppierung um Al-Maliki die meisten Mandate erringen wird, nicht zuletzt dank offener und stiller Diskriminierung der Konkurrenten. Ebenso sicher wird es zu Wahlanfechtungen durch Kandidaten wie durch Wähler - und zu neuen Gewaltakten kommen. Die USA, die den Klotz am Bein gerne loswerden möchten, werden Al-Maliki aber trotzdem auch weiterhin akzeptieren müssen, denn es zeichnet sich keine Alternative ab.

Wie die Regierung aussehen wird und wie lange die Bündnisstruktur hält, ist eine andere Sache. Denn mit dem Sturz des zwar von Sunniten getragenen, doch sonst eher laizistischen Regimes von Saddam Hussein ist die Stammesstruktur wieder stärker in den Vordergrund gerückt, und das erklärt auch die fast unüberschaubare Zahl wahlwerbender Parteien und Gruppen. Die Stammeszugehörigkeit ist schließlich das einzige, was dem Individuum ein wenig Sicherheit bieten kann. Einer solchen Gesellschaft, ob im Irak oder anderswo, von außen „democracy“ aufzuzwingen, muß daher ein fragwürdiges Unterfangen bleiben - und war ohnehin nur Vorwand für ganz andere Ziele.

Obama und der Klima-Lama

Wie bei Menschen so bei Sachen
ist es manchmal ein Problem,
drauf sich einen Reim zu machen -
manchmal aber geht's bequem.

Leicht ist's etwa mit Obama,
denn Osama reimt sich gut,
und man sieht, daß Dalai-Lama
das in gleicher Weise tut.

Sonst jedoch ist diesen beiden
selbstverständlich nichts gemein,
und sie strikt zu unterscheiden
muß daher ein Auftrag sein.

Auf den einen setzt deswegen
man ein hohes Kopfgeld aus,
und den zweiten, dementgegen,
läßt man gar ins Weiße Haus!

Anders als Besucher immer
führt man rücksichtsvoll den Gast
nicht mal ins ovale Zimmer -
weil's mit Karma dort nicht paßt?

Nun, das wäre überzogen,
denn der Dalai-Lama ist
längst schon bei den Klimagogen
wie manch aufgeklärter Christ.

So ist Karma nun als Klima
wissenschaftlich definiert,
und die Herde findet's prima,
wie sich alles arrangiert.

Wütend sind nur die Chinesen -
klar, sie haben unbedacht
Geld geliehn für all die Spesen,
die Obama laufend macht!

Ludwig Erhards Warnung vor abwegiger Harmonisierung Europas

Ludwig Erhard, der Vater des deutschen Wirtschaftswunders, war ein entschiedener Verfechter eines vereinten Europas. Er sah voraus, daß ein Europa der Einzelstaaten keine Chance haben würde, zwischen den USA und den aufstrebenden Staaten vor allem des Fernen Ostens zu bestehen. Erhard warnte aber davor, die Völker Europas über einen Kamm zu scheren. Zu groß sind die Unterschiede der Menschen, die EU ist nicht erst heute damit konfrontiert.

Sizilien liegt nicht an der Ruhr

Diese kritische Anmerkung gilt gegenüber solchen Vorstellungen, die ebenso abwegige Gedanken unter dem Motto der „Harmonisierung“ verfolgen und unter dieser Flagge eine Gleichmacherei aller ökonomischen Verhältnisse betreiben wollen. Ich übertreibe nicht, wenn ich berichte, daß man dabei an die Löhne, die Sozialleistungen, die Urlaubsregelung, an die Bezahlung der Überstunden denkt. Ist man aber bereit, die These der sozialen Harmonisierung anzuerkennen, dann gibt es logisch keine Grenze, und mit gleicher Berechtigung könnte dann die Forderung auf Einbeziehung der Energie- und Transportkosten oder der Steuern erhoben werden.

Wollte man den Versuch unternehmen, alle betriebswirtschaftlichen Kostenelemente von Land zu Land und über einen größeren Bereich von Ländern hinaus zu harmonisieren, d.h. auszugleichen, daß der Wettbewerb keine „störenden“ Wirkungen zeitigen kann, bedeutet dies nicht Integration, sondern Desintegration schlimmsten Ausmaßes.

Ich will mit dieser Feststellung gar nicht leugnen, daß sicherlich jeder Krankheitsherd im nationalen Bereich zugleich auch eine Störung der zwischenstaatlichen Beziehungen bedeutet. Diese Erkenntnis darf aber nicht dahin führen, irgendeinem Land das Recht zu geben, seine Partner im gemeinsamen Markt aufzufordern oder sogar zu zwingen, in schneller Folge fragwürdige Prinzipien des eigenen Landes zur Anwendung zu bringen.

Unter dem Stichwort „Harmonisierung“ ging das Ansinnen sogar so weit, daß am Ende der Übergangsperiode die Lohnniveaus der einzelnen Mitgliedsstaaten angeglichen und ihre Gesamt-Arbeitskosten „äquivalent“ sein mußten. Man könnte über diese Forderung hinweggehen, weil sie volkswirtschaftlich einfach nicht realisierbar ist, denn von Sizilien bis zum Ruhrgebiet kann es keine gleiche Produktivität und mithin auch keine gleichen Arbeitskosten geben. Die Prak-

tizierung dieses Grundsatzes müßte gebietsweise sogar zu einem wirtschaftlichen Massensterben führen. Die Lohnkosten sind in ihrer jeweiligen Höhe ein Ausfluß der Produktivität und nicht die Voraussetzung einer Leistungskraft.

Niemand kann glauben wollen, daß es möglich sein könnte, in allen beteiligten Ländern quer durch alle Industriezweige einen gleichen Produktivitätsstandard zu setzen und einen gleichen Produktivitätsfortschritt zu erzielen. Selbst wenn durch künstliche Manipulationen an einem bestimmten Stichtag gleiche Startbedingungen gesetzt werden könnten, würden am Tage danach schon wieder Veränderungen Platz greifen, weil die Vorstellungen und das Verhalten der Menschen und auch der Völker hinsichtlich ihres Sparen- und Verbrauchs-Wollens, des Leistungsstrebens, ihres Fleißes u.ä.m. auch in einem gemeinsamen Markt niemals auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Jene Forderung beruht also auf einer völlig illusionären Verkennung ökonomischer Gesetze und Tatbestände, aber sie charakterisiert zugleich eine geistige Haltung, die sich in einem integrierten Europa unter keinen Umständen durchsetzen darf, wenn nicht menschliche Initiative und schöpferische Kraft, ja das Leben selbst, erstickt werden sollen.

Es ist also eine Illusion, die hinter diesen Vorstellungen steht, der Wahn zu glauben, man könnte die natürlichen Gegebenheiten korrigieren und die strukturellen Bedingungen von Land zu Land mit künstlichen Mitteln so weit ausgleichen, daß jedes Land in jedem Bereich mit gleichen Kosten arbeitet. Ich halte dies - von der Unmöglichkeit, daß man dieses fragwürdige Ziel jemals wird erreichen können, einmal abgesehen - auch in keiner Weise für erstrebenswert. Dann gäbe es auch keinen Hinderungsgrund mehr, wieder in die nationale Isolierung zurückzufallen, denn wenn jeder Mann jede Ware zu den gleichen Kosten anbieten kann,

warum - so frage ich - soll ich sie dann anderwärts kaufen? Hier verliert der zwischenstaatliche Güteraustausch seinen letzten und eigentlichen Sinn. Das ist doch gerade der Witz, daß alle Länder unter verschiedenen Bedingungen arbeiten, daß bei dem einen die Gunst auf dieser, bei dem anderen auf jener Seite liegt, daß der eine da und jener dort leistungsfähiger ist. Gerade hieraus erwächst ja die Notwendigkeit der gegenseitigen Ergänzung und die Fruchtbarkeit eines solchen Bemühens.

Wer dieser Harmonisierungstheorie folgt, darf nicht der Frage ausweichen, wer die Opfer bringen und womit die Zeche bezahlt werden soll. In der praktischen Konsequenz muß ein solcher Wahn naturnotwendig zur Begründung sogenannter „Töpfchen“ führen, d.h. von Fonds, aus denen alle diejenigen, die im Nachteil sind oder es zu sein glauben, entweder entschädigt oder künstlich hochgepöppelt werden. Das aber sind Prinzipien, die mit einer Marktwirtschaft nicht in Einklang stehen. Hier wird nicht die Leistung prämiert, sondern das Gegenteil getan, es wird der Leistungsschwächere - aus welchen Gründen auch immer - subventioniert. Das scheint mir nicht das Prinzip zu sein, welches geeignet ist, echten Fortschritt zu bringen, jenen schnellen Fortschritt, den wir in Europa so notwendig brauchen. So läßt sich auch nicht das Ziel erreichen, die Lebensmöglichkeiten unseres Volkes und diejenigen aller europäischen Völker zu verbessern.

Gegenüber diesen Theorien habe ich zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß ich jene Sozialromantik, die hier zum Ausdruck kommt, für außerordentlich gefährlich halte. (...) Die Geister scheiden sich nicht in der Fragestellung, ob ein gemeinsamer Markt sobald als möglich entstehen soll oder nicht; es geht ausschließlich um die Ordnungsprinzipien und die geistige Ausrichtung.

Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, 1957